

Wahl von Mitgliedern sowie des stellvertretenden Vorsitzes des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses VI („Möglicher Machtmissbrauch und mangelnde Fürsorge?“)

Drucksache 18/20039 · eingebracht 2026-06-18 – Antragsteller: **SPD**

Demokratie

Transparenz

Parlamentarische Kontrolle

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag regelt die personelle Besetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses VI zur Aufklärung möglicher Machtmissbräuche und Fürsorgeversäumnisse.

KERNFORDERUNGEN

- Wahl von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern nach Fraktionsstärke
- Wahl einer stellvertretenden Vorsitzenden aus der SPD-Fraktion
- Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Balance zwischen Regierung und Opposition

BEWERTUNG

7.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag regelt rein verfahrensrechtlich die Zusammensetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) und berührt damit zentrale GWÖ-Werte: Transparenz & Mitbestimmung (Spalte 5) in den Berührungsgruppen C (politische Führung/Verwaltung) und D (Bürger:innen) — da ein PUA demokratische Kontrolle und Aufklärung gegenüber der Öffentlichkeit dient. Er fördert auch Solidarität (Spalte 2) durch institutionelle Gewährleistung von Rechenschaftspflicht. Allerdings bleibt er vollständig neutral zu ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde im materiellen Sinne — diese Felder werden nicht adressiert, also mit 'O' bewertet.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zur Fraktionsparität
- Sicherstellung der Regierungs-/Oppositions-Balance im PUA
- Direkter Bezug zur Aufklärung von Fürsorgeversäumnissen

Schwächen

- Keine konkreten Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung oder Transparenz
- Kein Bezug zu sozialen, ökologischen oder solidarischen Wirkungen
- Rein formaler Charakter ohne inhaltliche Zielsetzung

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	+	+	•	•	+
D · BÜRGER:INNEN	•	•	•	•	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

C5 Demokratische Kontrolle durch Mandatsträger:innen Bewertung: +3

Wahl von Ausschussmitgliedern gemäß gesetzlichen Regeln zur Sicherung parlamentarischer Kontrolle

D5 Bürger:innenbeteiligung & Informationszugang Bewertung: +2

PUA als Instrument zur Aufklärung öffentlicher Sachverhalte zugunsten der Bürger:innen

C2 Solidarität in der politischen Führung Bewertung: +2

Gewährleistung fraktionsübergreifender Vertretung im PUA nach Stärkeverhältnissen

C1 Rechtsstaatliche Ordnung innerhalb der Fraktionen Bewertung: +1

Einhaltung gesetzlicher Vorgaben zum PUA-Aufbau (§4 Abs.1 u.2)

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht vollständig dem SPD-Wahlprogramm 2022, das sich für starke parlamentarische Kontrolle, Transparenz und Aufklärung einsetzt – insbesondere bei Themen wie Rechtsextremismus, Machtmissbrauch und staatlicher Verantwortung. Die Einrichtung eines PUA ist ein klassisches Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele.

„Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und zur Prävention gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen werden wir durch Unterstützung bei ihrer Vernetzung und durch ihren Ausbau stärken.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 55

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Hamburger Programm (2007) betont Demokratie als Grundwert, parlamentarische Kontrolle und soziale Gerechtigkeit als Kernaufgabe des Staates. Ein PUA dient der Aufdeckung von Versäumnissen in der Daseinsvorsorge – was direkt dem Grundsatz der 'gerechten Verteilung' und 'Vorsorge' entspricht.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

7/10

Die CDU unterstützt grundsätzlich parlamentarische Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit. Der Antrag ist formal korrekt und entspricht dem Koalitionsvertrag 'Zukunftsvertrag', der Transparenz und Rechenschaftspflicht bekräftigt. Allerdings enthält das CDU-Wahlprogramm keinen expliziten Fokus auf Untersuchungsausschüsse – lediglich allgemeine Verpflichtung zur 'Null-Toleranz' bei Machtmissbrauch.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Rechtsstaatsprinzip', 'Subsidiarität' und 'Verantwortung'. Ein PUA ist ein legitimes Instrument zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit – allerdings fehlt im Programm eine explizite Verankerung parlamentarischer Untersuchungsrechte als Gemeinwohlinstrument.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

Die GRÜNEN setzen sich explizit für Transparenz, Bürger:innenbeteiligung und institutionelle Demokratieverstärkung ein – u.a. durch Bürger:innenräte und parlamentarische Kontrollinstrumente. Ein PUA zur Aufklärung von Fürsorgeversäumnissen entspricht ihrem Ziel einer 'lebendigen Demokratie' und 'sozial-ökologischen Transformation'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Grüne Grundsatzprogramm 2020 verankert 'Demokratie' als eigenständigen Leitwert mit Fokus auf Partizipation, Transparenz und Rechenschaftspflicht. Ein PUA ist ein direktes Umsetzungsinstrument dieses Anspruchs – besonders im Kontext von 'Gerechtigkeit' und 'Selbstbestimmung'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

6/10

Die FDP befürwortet Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Kontrolle, jedoch mit klarem Fokus auf Effizienz und Vermeidung von 'Politikverdrossenheit'. Ein PUA wird nicht explizit thematisiert; ihr Programm betont stattdessen 'Bürgerrechte' und 'schlanken Staat'. Der Antrag ist kompatibel, aber nicht zentral für ihre Agenda.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'Rechtsstaat' und 'Bürgerrechte', aber auch 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung'. Ein PUA wird nicht erwähnt – es besteht keine Widersprüchlichkeit, aber auch kein aktiver Bezug zu diesem Demokratieinstrument.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Die AfD lehnt parlamentarische Untersuchungsausschüsse systematisch ab, da sie diese als 'politische Kampfinstrumente' und 'Machtmissbrauch durch Opposition' wertet. Ihr Programm fordert stattdessen 'direkte Demokratie' (Volksabstimmungen), nicht parlamentarische Kontrollgremien. Der Antrag widerspricht daher ihrem Verständnis von Demokratie und Souveränität.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont 'direkte Demokratie' und kritisiert 'Brüsseler Bürokratie' sowie 'politische Elite'. Ein PUA wird darin nicht erwähnt, aber sein Zweck – parlamentarische Kontrolle über Exekutive – steht im Widerspruch zum afD-Verständnis von 'Volksouveränität' ohne intermediäre Kontrollinstanzen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 2

Original: Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird gewählt: Carolin Kirsch

Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird gewählt: ****Carolin Kirsch****, unter der ausdrücklichen Verpflichtung, ****die Öffentlichkeit regelmäßig über Fortschritte und Zwischenergebnisse zu informieren**** und ****ein Bürger:innenforum zur Begleitung des Ausschusses einzuberufen****.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5) in den Berührungsgruppen D (Bürger:innen) und E (Gesellschaft) – konkret nach GWÖ-Matrix 2.0 Feld D5 ('Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen') und E5 ('Rechenschaftspflicht gegenüber Gesellschaft').

Vorschlag 2 von 2

Original: Dem Untersuchungsausschuss können nur Mitglieder des Landtags angehören.

Dem Untersuchungsausschuss können nur Mitglieder des Landtags angehören – ****unter Einbeziehung von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Betroffenenverbänden in beratender Funktion****.

Begründung: Erweitert Solidarität (Wert 2) und soziale Gerechtigkeit (Wert 4) in Berührungsgruppe D (Bürger:innen/ Wirtschaft), indem Betroffene und Expert:innen strukturell gehört werden – entspricht GWÖ-Feld D2 ('Mitwirkung von Betroffenen') und D4 ('Soziale öffentliche Leistung').

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss:
Angenommen.

Angenommen · MMP18-126

Ja: AfD ! CDU FDP GRÜNE SPD

! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch <3/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/20039

Wahl von Mitgliedern sowie des stellvertretenden Vorsitzes des Parlament.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

18.06.2026

Wahlvorschlag

der Fraktion der SPD

Wahl von Mitgliedern sowie des stellvertretenden Vorsitzes des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses VI („Möglicher Machtmissbrauch und mangelnde Fürsorge?“)

- zu Drucksache 18/20036 -

1. Es werden folgende Mitglieder des Landtags in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gewählt:

Ordentliche Mitglieder

SPD

Hartmut Ganzke
Elisabeth Müller-Witt
Carolin Kirsch

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Christian Dahm
Nadja Lüders
Wolfgang Jörg

2. Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird gewählt:

Carolin Kirsch

Grundlage

Zu 1.:

Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. 1985, S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 684), setzt sich der Untersuchungsausschuss aus ordentlichen Mitgliedern und der gleichen Zahl von stellvertretenden Mitgliedern zusammen, die vom Landtag gewählt werden. Die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses bestimmt der Landtag.

Dem Untersuchungsausschuss können nur Mitglieder des Landtags angehören.

In dem Untersuchungsausschuss muss jede Fraktion vertreten sein. Die Sitze werden auf die Fraktionen unter Berücksichtigung ihrer Stärkenverhältnisse verteilt; dabei muss gewährleistet sein, dass die Mehrheitsverhältnisse im Untersuchungsausschuss den Mehrheitsverhältnissen im Landtag entsprechen.

Zu 2.:

Gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen wählt der Landtag den Vorsitz und seine Stellvertretung.

Der Vorsitz und die Stellvertretung müssen verschiedenen Fraktionen angehören, unter denen sich eine Regierungsfraktion und eine Oppositionsfraktion befinden müssen. Gemäß § 4a des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen ist der/die Vorsitzende im Ausschuss nicht stimmberechtigt. Auf die Zahl der gewählten Mitglieder nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen wird er/sie nicht angerechnet.

Jochen Ott
Ina Blumenthal

und Fraktion